

JAHRESABSCHLUSS DER WIENER PRIVATBANK SE

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2018

Bilanz zum 31. Dezember 2018
Aktiva

	31.12.2018		31.12.2017	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern		72.136.914,65		115.606
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind				
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche		3.522.112,96		2.047
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	60.503.536,03		72.506	
b) sonstige Forderungen	<u>65.036.278,05</u>	125.539.814,08	<u>53.801</u>	126.307
4. Forderungen an Kunden		83.097.578,46		75.750
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) von öffentlichen Emittenten	38.970.185,09		64.390	
b) von anderen Emittenten	<u>5.278.100,39</u>	44.248.285,48	<u>9.819</u>	74.209
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		11.579.331,63		8.489
7. Beteiligungen		68.640,00		1.285
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		7.467.786,71		10.590
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		650.679,81		393
10. Sachanlagen		1.259.256,58		1.253
11. Sonstige Vermögensgegenstände		8.698.266,43		29.638
12. Rechnungsabgrenzungsposten		236.839,49		158
13. Aktive latente Steuern		119.536,13		179
		<u>358.625.042,41</u>		<u>445.904</u>
Posten unter der Bilanz				
1. Auslandsaktiva		117.735.832,58		133.834

Passiva

	31.12.2018		31.12.2017	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
täglich fällig		0,00		1
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) täglich fällig	0,00		209	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>0,00</u>		<u>0</u>	
	0,00		209	
b) sonstige Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig	271.745.510,31		335.470	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>37.173.748,16</u>		<u>41.874</u>	
	<u>308.919.258,47</u>	308.919.258,47	<u>377.344</u>	377.553
3. Sonstige Verbindlichkeiten		1.341.145,65		3.048
4. Rechnungsabgrenzungsposten		329.454,22		293
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Abfertigungen	786.339,80		701	
b) Rückstellungen für Pensionen	2.614.492,98		2.373	
c) Steuerrückstellungen	0,00		1.961	
d) sonstige	<u>1.107.474,02</u>	4.508.306,80	<u>2.001</u>	7.036
6a. Fonds für allgemeine Bankrisiken		1.685.000,00		1.500
7. Gezeichnetes Kapital				
Nennbetrag		11.360.544,15		11.361
8. Kapitalrücklagen				
gebundene		18.361.464,49		18.361
9. Gewinnrücklagen				
andere Rücklagen		7.400.000,00		7.400
10. Haftrücklage gemäß § 57 Abs 5 BWG		3.296.591,22		3.297
11. Bilanzgewinn		<u>1.423.277,41</u>		<u>16.054</u>
		<u>358.625.042,41</u>		<u>445.904</u>

Posten unter der Bilanz

1. Eventualverbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten		15.442.938,48		13.197
2. Kreditrisiken		7.223.807,34		10.964
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		40.719.857,77		40.649
4. Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Gesamtrisikobetrag)		205.157.462,96		229.652
darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 Abs 1				
lit a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		19,7%		17,7%
lit b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		19,7%		17,7%
lit c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		19,8%		17,7%
5. Auslandspassiva		233.889.459,15		265.058

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2018

Beilage I/3

	2018		2017	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge		4.888.456,56		4.549
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	1.133.291,70		1.446	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-914.091,76		-851
I. NETTOZINSERTRAG		3.974.364,80		3.698
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen				
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	55.296,22		42	
b) Erträge aus Beteiligungen	170.000,00		5.850	
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	4.695.606,00	4.920.902,22	19.090	24.982
4. Provisionserträge		10.036.833,58		10.344
5. Provisionsaufwendungen		-1.708.287,13		-1.973
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften		577.507,99		1.426
7. Sonstige betriebliche Erträge		868.110,28		1.226
II. BETRIEBSERTRÄGE		18.669.431,74		39.703
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-6.779.649,13		-7.481	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-1.599.606,32		-1.670	
cc) sonstiger Sozialaufwand	-155.555,15		-161	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-149.054,20		-154	
ee) Auflösung der Pensionsrückstellung	73.561,86		251	
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	-263.154,64		-284	
	-8.873.457,58		-9.499	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-5.176.304,80	-14.049.762,38	-5.133	-14.632
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände		-480.945,64		-353
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-414.153,85		-404
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-14.944.861,87		-15.389
IV. BETRIEBSERGEBNIS		3.724.569,87		24.314
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken		-60.681,48		-368
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken		69.285,68		17
13. Wertberichtigungen auf/und Veräußerungsverluste aus/ Wertpapiere/n, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf/aus/Beteiligungen und Anteile/n an verbundenen Unternehmen		-3.008.246,29		-8.841
14. Erträge aus Wertberichtigungen auf/und Veräußerungsgewinne aus/Wertpapiere/n, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf/aus/Beteiligungen und Anteile/n an verbundenen Unternehmen		823.069,31		1.096
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		1.547.997,09		16.218
15. Außerordentliche Aufwendungen		-185.000,00		0
darunter: Zuweisungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-185.000,00		0	
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag		20.793,43		-164
VI. JAHRESÜBERSCHUSS		1.383.790,52		16.054
20. Rücklagenbewegung		0,00		0
VII. JAHRESGEWINN/JAHRESVERLUST		1.383.790,52		16.054
21. Gewinnvortrag		39.486,89		0
VIII. BILANZGEWINN		1.423.277,41		16.054

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS

für das Geschäftsjahr 2018

I. ALLGEMEINE ANGABEN

Die Wiener Privatbank SE hat ihren Geschäftsschwerpunkt in Österreich. Die Hauptgeschäftsfelder sind Private Banking, Asset Management (Matejka & Partner), Brokerage, Research, Capital Markets, Immobilienprodukte, Immobiliendienstleistungen & -projekte.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde nach den Vorschriften des UGB unter Beachtung der für Kreditinstitute relevanten Regelungen des Bankwesengesetzes aufgestellt.

Die Bank gehört bis 31. Dezember 2018 der „Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H.“ an. Mit 1. Jänner 2019 übernimmt die Einlagensicherung AUSTRIA GesmbH (ESA) als einheitliche Sicherungseinrichtung die Funktion der Einlagensicherung der Banken und Bankiers GesmbH als zuständige Entschädigungseinrichtung für Einleger und Anleger.

Die Gesellschaft erstellt den Konzernabschluss nach IFRS für den größten Kreis von Unternehmen.

Die Wiener Privatbank SE hat als Medium für die Offenlegung gemäß Art. 431 ff. CRR das Internet gewählt. Die Offenlegung ist auf der Website der Wiener Privatbank unter <https://www.wienerprivatbank.com/ueber-uns/investor-relations-adhoc/berichte/> dargestellt und begründet.

Der Konzernabschluss der Wiener Privatbank SE ist beim Handelsgericht Wien unter der Firmenbuchnummer 84890p hinterlegt.

II. ANGABEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Generalnorm

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Die Gesellschaft ist ein Kreditinstitut. Dementsprechend werden die Bestimmungen über die Rechnungslegung von Kreditinstituten gemäß § 43 ff Bankwesengesetz (BWG) in geltender Fassung angewendet. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß den in der Anlage II zu § 43 BWG enthaltenen Formblättern. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Hinsichtlich der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes Rechnung getragen. Insbesondere wurden nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste berücksichtigt.

Die bisherige Form der Darstellung wurde grundsätzlich bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses beibehalten.

Fremdwährungsumrechnung

Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden zu den von der Europäischen Zentralbank bekannt gegebenen Devisen-Richtkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Termingeschäfte sind mit dem Terminkurs angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die Forderungen werden grundsätzlich mit dem Nennwert bewertet. Die Wiener Privatbank SE hat per 31.12.2018 beschlossen die IFRS 9-Wertberichtigungslogik - jedoch nicht auf das gesamte

Forderungsportfolio, sondern nur auf die Bilanzposition Forderungen Kunden beschränkt - auch im UGB/BWG Einzelabschluss zu übernehmen. IFRS 9 sieht dabei die Berechnung eines erwarteten Kreditverlusts (Expected Credit Loss) vor. Hierfür sind Kreditrisikoparameter (Ausfallswahrscheinlichkeit, Verlust bei Ausfall und Kreditbetrag bei Ausfall) unter Berücksichtigung historischer, gegenwärtiger und zukunftsorientierter Informationen zu modellieren.

Vom Bewertungsspielraum gemäß § 57 Abs 1 BWG wurde bei den Posten Forderungen Kunden Gebrauch gemacht.

Wertpapiere

Die dauernd dem Geschäftsbetrieb gewidmeten Wertpapiere werden wie Anlagevermögen bewertet. Es erfolgt eine Wertaufholung gemäß § 208 (1) UGB. Das Wahlrecht des § 56 Abs 2 und Abs 3 BWG (Verteilung des Agios bzw. Disagios über die Laufzeit) wurde nicht in Anspruch genommen.

Wertpapiere des sonstigen Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten beziehungsweise bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Zuschreibungen werden bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung bzw. bei einer Wertaufholung vorgenommen.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Diese werden nur angesetzt, wenn sie entgeltlich erworben wurden.

Die Bewertung der Immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen (lineare Abschreibungsmethode und Nutzungsdauer 4 bis 10 Jahre). Gemäß den steuerlichen Vorschriften wird für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vorgenommen. Anhaltende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Sachanlagen

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen nach der linearen Methode. Es wird eine Nutzungsdauer von 1 bis 10 Jahren zugrunde gelegt.

Gemäß den steuerlichen Vorschriften wird für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vorgenommen. Anhaltende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Geringwertige Vermögensgegenstände

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Einzelanschaffungswerten bis EUR 400,00 werden im Jahr des Zuganges voll abgeschrieben.

Derivative Finanzinstrumente

Derivate werden zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Die Eigenmittelunterlegung erfolgt grundsätzlich nach der Marktbewertungsmethode.

Devisentermingeschäfte werden mit dem Devisenmittelkurs bewertet.

Im Falle des Vorliegens eines negativen Marktwertes bei einem freistehenden Derivat wird in voller Höhe eine Rückstellung gebildet.

Verpflichtungen

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag, unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht, angesetzt.

Rückstellungen

Die Rückstellung für Abfertigungen wird für die kollektivvertraglichen Ansprüche sowie für 3 Mitarbeiter welche sich in Abfertigung „Alt“ befinden gebildet. Die Berechnung erfolgte nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren gemäß den Richtlinien der „International Accounting Standards – IAS 19“.

Der Rechnungszinssatz beträgt 2,00 % (31. Dezember 2017: 1,70 %), es wird von einer jährlichen Valorisierung der Gehälter von 2,60 % (31. Dezember 2017: 2,60 %) ausgegangen. Ein Fluktuationsabschlag wurde nicht angesetzt. Die gesetzlichen Regelungen hinsichtlich des Pensionsantrittsalters wurden unter der Verwendung der Übergangsregelung vom Herbst 2004 berücksichtigt. Der Zinsenanteil der Rückstellungszuführung wird innerhalb des Personalaufwandes ausgewiesen.

Eine Rückstellung für Pensionen aktiver Mitarbeiter wurde nicht gebildet. 2018 wurden alle Verträge (BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft und der Valida Pension AG) in die VBV Pensionskassen AG überführt.

Zusätzlich wurden Pensionsverpflichtungen gegenüber einem ehemaligen Vorstandsmitglied übernommen. Als biometrische Rechnungsgrundlagen dienten die Tafeln AVÖ 2018-P ANG. Unternehmensrechtlich wurde mit einem Zinssatz in Höhe von 3,21% p.a. gerechnet. Die Anwartschaft auf Witwenpension wurde mittels Kollektivmethode berücksichtigt.

Für die Pensionszahlungen des ehemaligen Vorstandsmitglieds wurden Valorisierungen in Höhe von 2% p.a. berücksichtigt.

Durch den eher niedrigen Ergebniseffekt, der sich durch die geänderte Sterbetafel (als Änderung der biometrischen Rechnungsgrundlagen) ergeben hat, wurde auf Aufteilung des Unterschiedsbetrag gleichmäßig auf einen Zeitraum von bis zu 5 Jahren zu verteilen, verzichtet.

Die übrigen Rückstellungen sind unter Beachtung des Vorsichtsprinzips für alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag erfasst und abgezinst.

Steuerrückstellungen und Steuerlatenz

Die latenten Steuern werden gemäß den geänderten gesetzlichen Bestimmungen ab 1. Jänner 2016 erfasst. Der zum 1. Jänner 2016 bestehende Saldo an aktiven latenten Steuern wurde zur Gänze aktiviert (das Übergangswahlrecht der Verteilung auf maximal 5 Jahre wurde nicht in Anspruch genommen).

Latente Steuern werden gemäß § 198 Abs 9 und 10 UGB nach dem bilanzorientierten Konzept und ohne Abzinsung auf Basis des aktuellen Körperschaftsteuersatz von 25% gebildet. Dabei werden keine latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt

Die Steuerrückstellungen betreffen Rückstellungen für die österreichische Körperschaftsteuer.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ
A. Darstellung der Fristigkeiten

Die nicht täglich fälligen Forderungen gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2018</u>	<u>31. Dezember 2017</u>
mehr als fünf Jahre	0,00	0,00
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0,00	0,00
mehr als drei Monate bis ein Jahr	8.131.756,82	7.217.875,42
bis drei Monate	<u>56.904.521,23</u>	<u>46.583.127,53</u>
	<u>65.036.278,05</u>	<u>53.801.002,95</u>

Die nicht täglich fälligen Forderungen gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2018</u>	<u>31. Dezember 2017</u>
mehr als fünf Jahre	6.184.191,71	6.427.523,42
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	42.935.313,91	52.991.068,07
mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.765.301,05	12.609.255,82
bis drei Monate	<u>12.255.887,57</u>	<u>2.328.460,54</u>
	<u>79.140.694,24</u>	<u>74.356.307,85</u>

Die nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2018</u>	<u>31. Dezember 2017</u>
mehr als fünf Jahre	0,00	0,00
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.399.396,63	3.410.315,82
mehr als drei Monate bis ein Jahr	15.187.384,98	16.231.398,18
bis drei Monate	<u>15.586.966,55</u>	<u>22.232.474,53</u>
	<u>37.173.748,16</u>	<u>41.874.188,53</u>

B. Wertpapiere

Aufgliederung der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere im Anlage- und Umlaufvermögen:

Angaben in EUR	<u>börsennotiert</u>	<u>nicht börsennotiert</u>
	<u>(Vorjahr)</u>	<u>(Vorjahr)</u>
Anlagevermögen		
Schuldtitel öffentlicher Stellen	3.522.112,96	0,00
	(2.046.555,69)	(0,00)
Forderungen Kreditinstitute	0,00	134.281,20
	(0,00)	(207.522,00)
Forderungen Kunden	0,00	9.703.436,23
	(0,00)	(7.751.454,80)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.278.100,39	0,00
	(9.819.165,94)	(0,00)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,00
	(0,00)	(0,00)

Beilage I/9

Angaben in EUR	börsennotiert (Vorjahr)	nicht börsennotiert (Vorjahr)
Umlaufvermögen		
Forderungen Kunden	0,00	0,00
	(0,00)	(756.077,05)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	38.970.185,09	0,00
	(64.390.415,37)	(0,00)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.538.802,57	10.040.529,06
	(1.587.277,19)	(6.901.552,04)

Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und des höheren Marktwertes der Wertpapiere des Umlaufvermögens welche zum Börsenhandel zugelassen sind beträgt EUR 276.484,94 (VJ TEUR 0).

Von den unter den Aktivposten "Beteiligungen" sowie "Anteile an verbundenen Unternehmen" ausgewiesenen Positionen sind EUR 0,00 (VJ TEUR 0) börsennotiert und EUR 7.536.426,71 (VJ TEUR 11.875) nicht börsennotiert.

Aufgliederung der in den Aktivposten "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" enthaltenen Wertpapieren nach folgenden Unterscheidungskriterien:

Angaben in EUR	31. Dezember 2018	31. Dezember 2017
Bewertung gem § 56 (1) BWG (Anlagevermögen)	0,00	0,00
Sonstige (Umlaufvermögen)	11.579.331,63	8.488.829,23
	<u>11.579.331,63</u>	<u>8.488.829,23</u>

Die Zuordnung zum Anlagevermögen erfolgte, da diese Wertpapiere längerfristige Finanzanlagen sind und dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

Das Kreditinstitut führt kein Handelsbuch.

Der Betrag der Forderungen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen, welche im nächsten Jahr fällig wird, beläuft sich auf EUR 40.781.456,78 (VJ TEUR 70.720).

C. Forderungen an Kunden

Der Stand der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden beträgt EUR 0,00 (VJ TEUR 0), die der pauschalen Einzelwertberichtigungen EUR 167.082,72 (VJ TEUR 106). Der Stand der Wertberichtigung nach § 57 Abs 1 BWG beläuft sich auf EUR 290.000,00 (VJ TEUR 350).

D. Beteiligungen und Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen

Im Geschäftsjahr ergaben sich folgende Änderungen:

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 28. März 2018 wurde der 100 % Anteil der Entwicklung AHI GmbH (FN 387201 p) veräußert.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 05. Juni 2018 wurde die Anteile an der Gebäudebesitz Felberstraße 96 GmbH (FN 451758 a) veräußert.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 07. Juni 2018 wurde die Anteile an der Nevia Vermögensverwaltungs GmbH (FN 387201 p) veräußert.

Durch den Generalversammlungsbeschluss und Verschmelzungsvertrag vom 26. Juni 2018 wurde die Entwicklung WLN Holding GmbH, (FN 399596 t) als übernehmende Gesellschaft mit der Entwicklung Landstraßer Hauptstraße 14-16 GmbH (FN 399768 w) als übertragende Gesellschaft verschmolzen.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 28. Juni 2018 wurde ein 10 %Anteil an der Wiener Privatbank Immobilienmakler GmbH (FN 426185 v) veräußert.

Die Gersthofer Straße 59 Projektgesellschaft mbH i.L. wurde per Beschluss des Handelsgerichtes Wien am 18. September 2018 gelöscht.

Mittels Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 2018 wurde die EXIT One Immobilien GmbH (FN 503773 v) gegründet, wobei die Wiener Privatbank SE 50 % der Anteile hält.

Die Angaben zum Eigenkapital sowie des Jahresüberschusses/-fehlbetrages beziehen sich auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 soweit nicht anders vermerkt.

An den nachfolgend angeführten Unternehmen besteht per 31. Dezember 2018 ein direkter Anteilsbesitz von mindestens 20 % aller Anteile:

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil in %	Kons. Art ¹	Eigenkapital EUR (Vorjahr)	Anteiliges Eigenkapital EUR (Vorjahr)	Jahresüberschuss/fehlbetrag EUR (Vorjahr)
ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H., Wien	100	V	2.678.780,30 (10.983.713,57)	2.678.780,30 (10.983.713,57)	295.066,73 (6.576.557,27)
SETUP Aufhofstraße 181 GmbH, Wien	100	V	342.494,51 (369.630,94)	342.494,51 (369.630,94)	-27.136,43 (-71.923,90)
Entwicklung WLN Holding GmbH, Wien	100	V	1.955.953,18 (4.049.161,91)	1.955.953,18 (4.049.161,91)	506.791,27 (1.141.352,97)

¹ Konsolidierungsart: V = Vollkonsolidierung, A = at equity N = nicht konsolidiert

Beilage I/11

Wiener Stadthäuser One Immobilien GmbH, Wien	95	V	2.374.088,62 (2.242.871,85)	2.255.384,19 (2.130.728,26)	131.216,77 (250.094,59)
Wiener Stadthäuser Alpha GmbH, Wien	90	V	2.077.694,43 (1.954.251,49)	1.869.924,99 (1.758.826,35)	123.442,94 (296.328,84)
Matejka & Partner Asset Management GmbH, Wien	80	V	1.060.246,68 (1.177.470,36)	848.197,35 (941.976,29)	782.776,32 (910.733,33)
WIENER PRIVATBANK Bauträger GmbH**, Wien	80	V	222.170,96 (249.452,71)	177.736,77 (199.562,17)	-27.281,75 (165.105,18)
Wiener Privatbank Immobilienmakler GmbH, Wien	50	E	403.378,06 (1.047.191,59)	201.689,03 (523.595,80)	306.186,47 (929.944,84)
EXIT One Immobilien GmbH, Wien	50	E	95.558,20 (0,00)	47.779,10 (0,00)	-4.441,80 (0,00)

Es wurden keine Gewinn-/Verlustabführungsverträge geschlossen. Es gibt im Wiener Privatbank SE Konzern keine wechselseitigen Beteiligungen.

E. Gesonderte Angabe der Beträge der in den folgenden Aktivposten enthaltenen (unverbrieften) Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie Vermögensgegenstände nachrangiger Art

Angaben in EUR	31. Dezember 2018		31. Dezember 2017	
	verbundene Unternehmen	Beteiligungsunternehmen	verbundene Unternehmen	Beteiligungsunternehmen
AKTIVA				
Forderungen an Kunden	2.658.691,15	0,00	4.685.883,10	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	4.917.686,70	170.138,76	21.229.174,69	4.857.140,00
PASSIVA				
Verbindlichkeiten an Kunden	3.841.436,60	101.803,74	17.915.880,12	5.439.480,60
Sonstige Verbindlichkeiten	16.204,59	0,00	23.990,23	0,00

Vermögensgegenstände nachrangiger Art

Angaben in EUR	31. Dezember 2018	31. Dezember 2017
Forderungen an Kunden	17.715.500,00	11.706.628,65
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,00	750.000,00
Gesamt	17.715.500,00	12.456.628,65

F. Anlagevermögen

Zur Entwicklung des Anlagevermögens wird auf Anlage 1 verwiesen.

1. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Angaben in EUR	31. Dezember 2018	31. Dezember 2017
Rechte und Lizenzen	650.679,81	393.221,80
Gesamt	650.679,81	393.221,80

2. VERPFLICHTUNGEN AUS DER NUTZUNG VON IN DER BILANZ NICHT AUSGEWIESENEN SACHANLAGEN

Die künftigen Miet- und Leasingverpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen prognostizieren wir aus heutiger Sicht für 2019 mit ca. TEUR 720 (VJ TEUR 712) und für 2019 bis 2022 insgesamt mit ca. TEUR 2.880 (VJ TEUR 2.848).

G. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt und setzen sich wie folgt zusammen:

Angaben in EUR	31. Dezember 2018	31. Dezember 2017
Forderungen an verbundene Unternehmen	4.917.686,70	21.229.174,69
Sonstige	3.780.579,73	8.408.423,13
Gesamt	8.698.266,43	29.637.597,82

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen iHv EUR 4.865.606,00 (VJ TEUR 19.090) betreffen die Gewinnübernahmen, die Gruppenumlage (Körperschaftsteuer) iHv EUR 114.868,19 (VJ TEUR 2.090) und diverse Konzernverrechnungen iHv EUR 107.351,27 (VJ TEUR 49). Die sonstigen Forderungen setzten sich aus Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht iHv EUR 170.138,76 (VJ TEUR 4.857), EUR 9.176,00 (VJ TEUR 9) aus geleisteten Anzahlungen, EUR 57.680,00 (VJ TEUR 58) aus Kautionszahlungen und Forderungen

Beilage I/13

gegenüber dem Personal iHv EUR 305.287,37 (VJ TEUR 302) zusammen. Die Forderungen aus Lieferung und Leistung belaufen sich auf EUR 602.356,75 (VJ TEUR 883), die Forderung aufgrund einer übernommenen Verpflichtungserklärung auf EUR 2.614.492,98 (VJ TEUR 2.299) und die Forderung gegenüber dem Finanzamt beläuft sich auf EUR 21.446,09 (VJ Verbindlichkeit TEUR 554). Forderungen iHv EUR 5.466.469,03 (VJ TEUR 26.658) sind erst nach dem Stichtag zahlungswirksam.

Die Fristigkeiten der sonstigen Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2018</u>	<u>31. Dezember 2017</u>
täglich fällig	5.838.614,18	27.026.109,80
bis drei Monate	49.681,90	56.351,73
mehr als drei Monate bis ein Jahr	149.738,18	168.992,29
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	794.194,36	897.026,95
mehr als fünf Jahre	1.866.037,81	1.489.117,78
	<u>8.698.266,43</u>	<u>29.637.597,82</u>

H. Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern zum Bilanzstichtag wurden für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen und unternehmensrechtlichen Wertansatz für folgende Posten gebildet:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2018</u>	<u>31. Dezember 2017</u>
Stille Reserven Kundenforderungen	24.894,00	34.180,00
Wertberichtigung nach § 57 Abs 1 BWG	290.000,00	350.000,00
Offene Siebentelabschreibung	16.285,18	28.974,44
KFZ	42.499,00	16.999,00
Langfristige Personalrückstellungen	104.466,33	281.039,86
Langfristige Rückstellungen	0,00	4.715,58
Betrag Gesamtdifferenzen	<u>478.144,51</u>	<u>715.908,88</u>
Daraus resultierende latente Steuern per 31.12. (25%)	<u>119.536,13</u>	<u>178.977,22</u>

I. Treuhandforderungen

Es bestanden per 31. Dezember 2018 sowie im Vorjahr keine Treuhandforderungen.

J. Eigenkapital
1. GRUNDKAPITAL

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 11.361 (VJ TEUR 11.361). Dieses ist in 5.004.645 Stückaktien im Nennbetrag von je EUR 2,27 zerlegt.

2. EIGENE AKTIEN

Die Wiener Privatbank SE betreibt zurzeit keinen Handel mit eigenen Aktien.

3. GENEHMIGTES KAPITAL

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 29. Dezember 2015 wurden folgende Ermächtigungen erteilt bzw. Beschlussfassungen getroffen:

1. Der Vorstand wurde ermächtigt gemäß § 169 AktG, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, bis zum 30. November 2020 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 4.853.348,53 durch Ausgabe von bis zu 2.138.039 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100 % des anteiligen Betrages des Grundkapitals in einer oder in mehreren Tranchen gegen Bareinlage zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen festzulegen (genehmigtes Kapital). Weiters wurde der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.

2. Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 Abs 2 AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrates Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf den Erwerb von Aktien der Gesellschaft verbunden ist, auch in mehreren Tranchen, auszugeben und alle weiteren Bedingungen, die Ausgabe und das Wandlungsverfahren der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, den Ausgabebetrag sowie das Umtausch- oder Wandlungsverhältnis festzusetzen. Das Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Die Ausgabebedingungen können zusätzlich oder anstelle eines Bezugs- oder Umtauschrechts auch eine Wandlungspflicht zum Ende der Laufzeit oder zu einem anderen Zeitpunkt begründen. Die Begebung von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen darf höchstens in jenem Umfang erfolgen, der eine Befriedigung geltend gemachter Umtausch- oder Bezugsrechte und, im Fall einer in den Ausgabebedingungen festgelegten Wandlungspflicht, die Erfüllung der entsprechenden Wandlungspflichten aus der bedingten Kapitalerhöhung gewährleistet. Der Preis der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen ist unter Berücksichtigung anerkannter finanzmathematischer Methoden in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln.

3. Beschlussfassung über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG um bis zu Nominale EUR 2.837.500,00 durch Ausgabe von bis zu 1.250.000 Stück neuen, auf Inhaber lautenden Stammaktien zur Ausgabe an Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen – zu der der Vorstand in der Hauptversammlung ermächtigt wurde – und über die Ermächtigung des Vorstandes, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung mit Zustimmung des Aufsichtsrats festzusetzen, insbesondere die Einzelheiten der Ausgabe und des Wandlungsverfahrens der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, den Ausgabebetrag sowie das Umtausch- oder Wandlungsverhältnis, und über die Ermächtigung des Aufsichtsrates Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe der Aktien aus dem bedingten Kapital ergeben, zu beschließen. Ausgabebetrag und Umtauschverhältnis sind nach Maßgabe finanzmathematischer Methoden sowie des Aktienkurses der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln. Im Fall einer in den Ausgabebedingungen von Wandelschuldverschreibungen festgelegten Wandlungspflicht dient das bedingte Kapital auch zur Erfüllung dieser Wandlungspflicht; sowie Beschlussfassung über die sich aus diesem Tagesordnungspunkt ergebende Satzungsänderung.

4. RÜCKLAGEN

Entwicklung der Kapitalrücklagen

Der Stand der Kapitalrücklagen betrug zum 31. Dezember 2018 EUR 18.361.464,49 (VJ TEUR 18.361).

Entwicklung der Gewinnrücklagen

Der Stand der Gewinnrücklagen beläuft sich im Berichtsjahr auf EUR 7.400.000,00 (VJ TEUR 7.400).

Entwicklung der Haftrücklage

Der Stand der Haftrücklage betrug zum 31. Dezember 2018 EUR 3.296.591,22 (VJ TEUR 3.297).

5. GESAMTKAPITALRENTABILITÄT

Die Gesamtkapitalrentabilität gemäß § 64 (1) 19 BWG beträgt 0,39 % (VJ 3,60 %).

6. GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

Es wird der Hauptversammlung eine Dividende von EUR 0,25 pro Aktie vorgeschlagen. Im Geschäftsjahr 2018 wurde eine Dividende iHv EUR 3,20 pro Aktie ausgeschüttet.

K. Rückstellungen und Sonstige Verbindlichkeiten betreffende Angaben

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten folgende Rückstellungen mit erheblichem Umfang:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2018</u>	<u>31. Dezember 2017</u>
Personalarückstellung	426.864,02	392.990,44
Aufsichtsratsvergütung	200.375,00	214.313,01
Bonifikationen	172.580,00	1.058.219,36
Rechts-, Prüfungs- und sonstige Beratungskosten	115.000,00	139.600,00
Ungewisse Verbindlichkeiten	69.555,00	53.538,00
Geschäftsbericht/Veröffentlichung	43.000,00	44.000,00
Sonstige	80.100,00	97.700,00
Gesamt	<u>1.107.474,02</u>	<u>2.000.360,81</u>

Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind überwiegend abgegrenzte Aufwendungen aus Provisionen von EUR 64.531,70 (VJ TEUR 102), diverse Verrechnungskonten iHv EUR 71.705,92 (VJ TEUR 290) und offene Lieferverbindlichkeiten iHv EUR 191.873,93 (VJ TEUR 399) enthalten. Die übrigen sonstigen Verbindlichkeiten betreffen abgegrenzte Sachaufwendungen und Kautionen iHv EUR 211.111,51 (VJ TEUR 289) und Verbindlichkeiten aus dem Valutaausgleich iHv EUR 5.000,00 (VJ TEUR 630). Die Verbindlichkeit aus sozialer Sicherheit belaufen sich auf EUR 166.720,31 (VJ TEUR 170) und gegenüber dem Finanzamt auf EUR 0,00 (VJ TEUR 554). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen belaufen sich auf EUR 16.204,59 (VJ TEUR 24) und gegenüber übernommenen kontaktlosen Altkunden auf EUR 613.997,69 (VJ TEUR 589).

Verbindlichkeiten iHv EUR 1.336.145,65 (VJ TEUR 2.418) sind nach dem Stichtag zahlungswirksam.

Die Fristigkeiten der sonstigen Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

Angaben in EUR	31. Dezember 2018	31. Dezember 2017
bis ein Jahr	1.341.145,65	3.048.412,57
Gesamt	1.341.145,65	3.048.412,57

L. Derivative Finanzinstrumente

Gesamtvolumen noch nicht abgewickelter derivativer Finanzprodukte per 31. Dezember 2018:

	Nominalbeträge	Restlaufzeit < 1 Jahr (Vorjahr)
Bankbuch, in EUR		4.314.827,03
Devisentermingeschäft		(3.589.753,11)

Devisentermingeschäfte in den Währungen USD, SEK und CHF, die mit Kunden abgeschlossen werden, werden eins-zu-eins mit gegenläufigen Geschäften geschlossen. Das Unternehmen designiert in diesen Fällen eine Sicherungsbeziehung im Sinne der AFRAC-Stellungnahme 15 – Derivate und Sicherungsinstrumente. Aufgrund des Critical Term Matches geht das Unternehmen von einer 100%-igen Effektivität aus. Zum Jahresende 2018 betragen die Marktwerte der Sicherungsgeschäfte TEUR 34 und die der gesicherten Grundgeschäfte TEUR -21,5. Alle Geschäfte sind 2019 fällig.

M. Fremdwährungsaktiva und Fremdwährungspassiva

Die Aktiva, die auf fremde Währung lauten, betragen EUR 152.609.257,28 (VJ TEUR 165.481) und die Passiva, die auf fremde Währung lauten, betragen EUR 152.417.569,59 (VJ TEUR 165.317).

N. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften

Es bestanden per 31. Dezember 2018 sowie im Vorjahr keine Treuhandverbindlichkeiten.

O. Haftungsverhältnisse

In den Eventualverbindlichkeiten sind Garantien und Haftungen iHv EUR 15.442.938,48 (VJ TEUR 13.197) enthalten. Zum 31. Dezember 2018 besteht ein Kreditrisiko iHv EUR 7.223.807,34 (VJ TEUR 10.964). Es handelt sich dabei um noch nicht in Anspruch genommene Kredite.

P. Eigenmittel der Wiener Privatbank SE gemäß CRR*
Eigenmittelstruktur

Angaben in TEUR	31. Dezember 2018	31. Dezember 2017
Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)	10.996	10.996
Kapitalrücklagen	15.426	15.426
Sonstige anrechenbare Rücklagen	13.122	13.122
Einbehaltene Gewinne Vorjahre	39	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.500	1.500
(-) Abzugsposten vom CET 1 Kapital	-653	-395
CET 1 – Kapital	40.430	40.649
Eingezahlte Kapitalinstrumente	0	0
(-) Abzugsposten vom Tier I Kapital	0	0
TIER I – Kapital	40.430	40.649
Allgemeine Risikovorsorge KSA Banken	290	0
Ergänzende Eigenmittel TIER II	40.720	40.649
Eigenmittel gesamt (nach Abzugsposten)	40.720	40.649
Gesamtrisikobetrag	205.157	229.652
Harte Kernkapitalquote	19,71 %	17,70 %
Kernkapitalquote	19,71 %	17,70 %
Gesamtkapitalquote	19,85 %	17,70 %

* Die Matejka & Partner Asset Management GmbH wird als österreichische Wertpapierfirma und Finanzinstitut iSd CRR unter Anwendung von Artikel 19 Abs 1 CRR aus dem Konsolidierungskreis ausgenommen. Die Eigenmitteldarstellung erfolgt auf Solo-Ebene.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Eine Aufgliederung der Erträge nach geographischen Märkten gemäß § 64 Abs 1 Z 9 BWG kann aufgrund der Unwesentlichkeit der Unterscheidungsmerkmale unterlassen werden.

A. Aufgliederung der Zinsen und ähnliche Erträge

Angaben in EUR	1. Jänner 2018 - 31. Dezember 2018	1. Jänner 2017 - 31. Dezember 2017
für Forderungen an Kreditinstitute	1.347.783,65	628.338,23
für Forderungen an Kunden	2.407.381,21	2.474.378,83
Festverzinsliche Wertpapiere	1.133.291,70	1.445.924,64
Gesamt	<u>4.888.456,56</u>	<u>4.548.641,70</u>

B. Aufgliederung der Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Angaben in EUR	1. Jänner 2018 - 31. Dezember 2018	1. Jänner 2017 - 31. Dezember 2017
für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	-2.144,33	-1.740,99
Negativzinsen gegenüber Kreditinstitute	-500.930,45	-425.254,04
für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-411.016,98	-372.009,33
Festverzinsliche Wertpapiere	0,00	-52.064,61
Gesamt	<u>-914.091,76</u>	<u>-851.068,97</u>

C. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen setzen sich aus Erträge aus Aktien iHv EUR 55.296,22 (VJ TEUR 42), aus Beteiligungserträgen iHv EUR 170.000,00 (VJ TEUR 5.850) und der phasengleichen Dividendenausschüttung der Tochterunternehmen iHv EUR 4.695.606,00 (VJ TEUR 19.090) zusammen.

D. Aufgliederung der Provisionserträge

Angaben in EUR	1. Jänner 2018 - 31. Dezember 2018	1. Jänner 2017 - 31. Dezember 2017
aus dem Zahlungsverkehr	1.933.839,85	2.035.969,67
aus dem Wertpapiergeschäft	6.095.727,87	5.597.308,15
aus dem Devisen- und Edelmetallgeschäft	458.722,88	311.773,11
aus dem Real Estate Bereich	1.089.433,84	1.662.533,81
aus sonstigen Dienstleistungen	459.109,14	736.777,75
Gesamt	<u>10.036.833,58</u>	<u>10.344.362,49</u>

In den Provisionserträgen sind Erträge für Verwaltungs- und Agenturdienstleistungen gegenüber Dritten iHv. EUR 1.593.522,74 (Vorjahr: TEUR 1.641) aus der Depotverwaltung enthalten.

E. Aufgliederung der Provisionsaufwendungen

Angaben in EUR	1. Jänner 2018 - 31. Dezember 2018	1. Jänner 2017 - 31. Dezember 2017
aus dem Zahlungsverkehr	-87.100,58	-102.768,79
aus dem Wertpapiergeschäft	-1.005.437,89	-1.032.040,60
aus dem Devisen- und Edelmetallgeschäft	-255.742,32	-188.207,37
aus dem Real Estate Bereich	-359.888,70	-599.050,98
aus sonstigen Dienstleistungen	-117,64	-51.171,32
Gesamt	-1.708.287,13	-1.973.239,06

F. Erträge / Aufwendungen aus Finanzgeschäften

Angaben in EUR	1. Jänner 2018 - 31. Dezember 2018	1. Jänner 2017 - 31. Dezember 2017
aus dem Wertpapiergeschäft	-291.145,29	629.481,98
aus dem Devisen- und Edelmetallgeschäft	868.653,28	796.362,18
Gesamt	577.507,99	1.425.844,16

G. Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Erträge

Angaben in EUR	1. Jänner 2018 - 31. Dezember 2018	1. Jänner 2017 - 31. Dezember 2017
Weiterverrechnete Kosten	506.116,70	871.896,67
Sonstige	333.372,87	293.120,35
Verkauf Anlagegut	19.544,32	19.999,00
Auflösung Rückstellungen	9.076,39	40.927,28
Gesamt	868.110,28	1.225.943,30

Die Position sonstige Erträge beinhaltet die ertragswirksame Vereinnahmung von verjährten Verbindlichkeiten iHv. EUR 314.649,00.

H. Aufgliederung der Personalaufwendungen

Angaben in EUR	1. Jänner 2018 - 31. Dezember 2018	1. Jänner 2017 - 31. Dezember 2017
Gehälter	-6.779.649,13	-7.481.276,03
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-1.599.606,32	-1.669.593,98
Sonstiger Sozialaufwand	-155.555,15	-160.997,09
Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	-75.492,34	96.866,07
Abfertigung	-263.154,64	-284.404,51
Gesamt	-8.873.457,58	-9.499.405,54

Die Bezüge der Vorstände einschließlich Sachbezüge haben 2018 insgesamt EUR 1.337.674,24 (VJ TEUR 1.079) betragen. Im Einzelnen setzen sich diese wie folgt zusammen:

MMag. Dr. Helmut Hardt:

Gesamtbezüge 2018: EUR 674.934,56 inklusive Sachbezüge und Bonifikation 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017

Eduard Berger:

Gesamtbezüge 2018: EUR 662.739,68 inklusive Sachbezüge und Bonifikation 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017

In den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen sind Auszahlungen für Abfertigungen iHv EUR 65.365,81 (VJ TEUR 101) enthalten.

Der Aufwand für Abfertigungen inklusive der Rückstellungsdotations betrug für aktive Mitglieder des Vorstandes und leitende Mitarbeiter EUR 73.109,83 (VJ Ertrag TEUR 72) und der Aufwand für andere Arbeitnehmer EUR 122.489,00 (VJ TEUR 111).

Es bestehen keine Mitarbeiterbeteiligungs- und Managementoptionsprogramme.

I. Aufgliederung der sonstigen Verwaltungsaufwendungen

Angaben in EUR	1. Jänner 2018 - 31. Dezember 2018	1. Jänner 2017 - 31. Dezember 2017
EDV-Kosten	-2.211.623,70	-1.925.295,25
Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	-765.836,03	-828.393,95
Mieten inkl. Betriebskosten	-621.969,27	-610.345,74
Nicht abzugsfähige Vorsteuer	-443.744,90	-525.720,23
Bürokosten	-276.695,69	-268.415,13
Werbekosten, Marketing	-271.297,84	-289.322,98
Aufsichtsratsvergütung/-aufwand	-213.228,67	-225.274,46
Weiterverrechneter Aufwand	-95.219,36	-123.149,33
Nachrichtenaufwand	-90.501,59	-120.719,99
KFZ-Kosten	-30.371,08	-37.751,88
Übrige	-155.816,67	-178.138,97
Gesamt	-5.176.304,80	-5.132.527,91

Für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wurden 2018 EUR 204.375,01 (VJ TEUR 214) dotiert. In den übrigen Verwaltungskosten sind Fortbildungskosten iHv. EUR 55.087,01 (VJ TEUR 45) und Reisespesen iHv. EUR 69.719,53 (VJ TEUR 75) enthalten.

J. Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen

Angaben in EUR	1. Jänner 2018 - 31. Dezember 2018	1. Jänner 2017 - 31. Dezember 2017
Gebühren und Beiträge inkl.		
Einlagensicherung	-192.209,56	-139.024,13
Versicherungsleistungen	-171.016,27	-148.825,70
Drohende Verluste / Schadensfälle	-44.131,14	-108.951,00
Übrige	-6.796,88	-6.759,02
Gesamt	-414.153,85	-403.559,85

Betreffend die Angabe hinsichtlich der Aufwendungen, die den Abschlussprüfer betreffen, wird auf den Konzernbericht verwiesen.

K. Außerordentliche Aufwendungen

Es wurden im Geschäftsjahr 2018 eine außerordentlichen Aufwendungen iHv EUR 165.000,00 (VJ TEUR 0) betreffend die Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken dotiert.

L. Steuern vom Einkommen

Nach den Bestimmungen des § 9 KStG zur Gruppenbesteuerung besteht zum 31. Dezember 2018 eine Unternehmensgruppe aus der Wiener Privatbank SE als Gruppenträger und 6 Gruppenmitgliedern (ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H., BODEN-INVEST Beteiligungsgesellschaft m.b.H., WIENER PRIVATBANK Bauträger GmbH, Setup Auhofstraße 181 GmbH, Wiener Stadthäuser One Immobilien GmbH und der Wiener Stadthäuser Alpha GmbH).

Beilage I/22

Es wurde mit 01. Dezember 2016 ein neuer Gruppen- und –Steuerumlagevertrag mit den Gruppenmitgliedern geschlossen. Vom Gruppenträger werde an die Mitglieder die von diesen verursachten Körperschaftsteuerbeträge mittels Steuerumlagen belastet bzw. (im Verlustfall) gutgeschrieben.

Der Steueraufwand für das Geschäftsjahr 2018 beträgt EUR 18.429,00 (VJ TEUR 2.197), davon resultieren aus der positiven Steuerumlage EUR 98.663,60 (VJ TEUR 1.996).

V. SONSTIGES**A. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen im Sinn des § 237 Z 8B UGB**

Es wurden Organkredite iHv EUR 13.736.812,23 (VJ TEUR 10.670) gewährt. Davon betragen die gewährten Kredite an die Mitglieder des Vorstandes 2018 EUR 580.000,00 (VJ TEUR 780) und bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates beliefen sich diese Kredite auf EUR 13.156.812,23 (VJ TEUR 9.890). Die Verzinsung, sonstige Bedingungen (Laufzeit und Besicherung) und die Rückzahlung wurden vom Aufsichtsrat genehmigt und sind fremdüblich.

Es wurden weder Vorschüsse gewährt noch wurden Haftungen zugunsten der Mitglieder des Vorstandes bzw. Aufsichtsrates übernommen.

Geschäfte mit anderen nahestehenden Unternehmen und Personen fanden im Geschäftsjahr nur zu fremdüblichen Konditionen statt.

B. Durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter

Im Zeitraum Jänner bis Dezember 2018 waren in der Wiener Privatbank SE durchschnittlich 83 Angestellte (VJ 88) beschäftigt. Arbeiter wurden keine beschäftigt.

C. Leasingaktivitäten

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr nicht im Leasinggeschäft tätig.

D. Anhangangaben über außerbilanzielle Geschäfte gemäß §§ 237 Z 8A und 266 Z 2A UGB

Soweit Risiken bestehen wurden diese in der Bilanz berücksichtigt und im Anhang angeführt.

E. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die für die Bewertung am Bilanzstichtag von Bedeutung sind, lagen nicht vor.

F. Angaben über Mitglieder der Unternehmensorgane

Vorstände im Geschäftsjahr:

MMag. Dr. Helmut Hardt

Eduard Berger

Die Vorstände sind berechtigt, die Gesellschaft gemeinsam mit einem weiteren Vorstand oder einem Prokuristen zu vertreten.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Personen zusammen:

Dr. Gottwald Kranebitter (Vorsitzender)

Mag. Johann Kowar (Vorsitzender-Stellvertreter)

Günter Kerbler

Heinz Meidlinger

Ing. Juraj Dvorák

Mag. Peter Lazar (bis 25. Mai 2018)

Mag. Peter Sidlo (bis 25. Mai 2018)

Gesamtprokuristen der Gesellschaft sind:

Mag. (FH) Alexandra Balik

Dr. Georg Aichelburg-Rumerskirch

Thomas Eschelmüller

Thomas Jung

Wien, am 12. April 2019


**EDUARD
BERGER**
MITGLIED DES VORSTANDES


MMAG. DR.
**HELMUT
HARDT**
MITGLIED DES VORSTANDES

Entwicklung des Anlagevermögens
für das Geschäftsjahr vom
1. Jänner bis 31. Dezember 2018

Posten des Anlagevermögens	Entwicklung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibung					Buchwerte		
	Stand 1.1.2018	Unterschiedsbetrag Währungsumrechnung	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2018	Stand 1.1.2018	Jahres- abschreibung	Zuschreibung	Abgänge	Gesamt 31.12.2018	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	2.086.105,00	0,00	2.009.250,00	570.250,00	3.525.105,00	58.200,00	8.350,00	0,00	58.200,00	8.350,00	3.516.755,00	2.027.905,00
2. Forderungen Kreditinstitute	375.081,23	0,00	0,00	63.000,00	312.081,23	167.559,23	17.582,40		7.341,60	177.800,03	134.281,20	207.522,00
3. Forderung an Kunden	7.420.000,00	0,00	4.800.000,00	2.800.000,00	9.420.000,00	0,00	15.050,00	0,00	0,00	15.050,00	9.404.950,00	7.420.000,00
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinslichen Wertpapiere	9.856.726,01	59.586,74	1.737.280,00	6.372.971,55	5.280.621,20	91.323,00	28.653,72	0,00	85.242,21	34.734,51	5.245.886,69	9.765.403,01
6. Beteiligungen	3.377.560,72	0,00	67.500,00	3.376.420,72	68.640,00	2.093.059,08	0,00	0,00	2.093.059,08	0,00	68.640,00	1.284.501,64
7. Anteile an verbundenen Unternehmen	33.150.682,75	0,00	0,00	7.175.352,22	25.975.330,53	22.560.311,25	2.901.606,30	0,00	6.954.373,73	18.507.543,82	7.467.786,71	10.590.371,50
8. Immaterielles Anlagevermögen												
a. Lizenzen und Software	1.409.954,16	0,00	357.186,87	201.280,94	1.565.860,09	1.036.790,04	175.164,28	0,00	198.560,14	1.013.394,18	552.465,91	373.164,12
b. geleistete Anzahlungen	20.057,68	0,00	134.685,96	56.529,74	98.213,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	98.213,90	20.057,68
	1.430.011,84	0,00	491.872,83	257.810,68	1.664.073,99	1.036.790,04	175.164,28	0,00	198.560,14	1.013.394,18	650.679,81	393.221,80
9. Sachanlagen												
a. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.027.522,49	0,00	373.655,64	152.871,57	2.248.306,56	817.335,54	300.293,20	0,00	128.578,76	989.049,98	1.259.256,58	1.210.186,95
b. geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	5.488,16	5.488,16	0,00	0,00	5.488,16	0,00	5.488,16	0,00	0,00	0,00
c. geleistete Anzahlungen	43.214,24	0,00	234.697,43	277.911,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	43.214,24
	2.070.736,73	0,00	613.841,23	436.271,40	2.248.306,56	817.335,54	305.781,36	0,00	134.066,92	989.049,98	1.259.256,58	1.253.401,19
	59.766.904,28	59.586,74	9.719.744,06	21.052.076,57	48.494.158,51	26.824.578,14	3.452.188,06	0,00	9.530.843,68	20.745.922,52	27.748.235,99	32.942.326,14

LAGEBERICHT JAHRESABSCHLUSS

für das Geschäftsjahr 2018

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Die Weltwirtschaft zog 2018 weiter an, allerdings revidierte der Internationale Währungsfonds im Lauf des Jahres seine Prognose um 20 Basispunkte auf 3,7 % (2017 wuchs die Weltwirtschaft um 3,9 %). Grund dafür waren die anhaltenden Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China, innenpolitische Unsicherheiten in den USA, die ungelöste Brexit-Diskussion sowie der Haushaltsstreit zwischen der EU und Italien. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in der Eurozone lag wie im Vorjahr bei 2,3 %.

In Österreich ging der positive Wirtschaftstrend im Jahr 2018 weiter. Nach einer Steigerung im 1. Halbjahr verlangsamte sich die Dynamik zwar im Jahresverlauf, das BIP-Wachstum lag Ende des Jahres jedoch bei 2,7 % (2017: 2,6 %). Die Lage am Arbeitsmarkt zeigte sich besonders erfreulich. Im Vergleich zu 2017 verzeichnete das AMS den stärksten relativen Rückgang an arbeitslosen oder in Schulung vorgemerkten Personen (-31.228/-7,6 %) seit dem Jahr 2000. Die Inflationsrate sank laut Statistik Austria auf 2,0 % (2017: 2,1 %).

Quellen: IWF, WIFO, AMS, Statistik Austria

MARKTUMFELD UND GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Kapitalmarkt

Auf Grund der politischen Spannungen und wirtschaftlichen Turbulenzen ging es mit den Börsen im Jahr 2018 steil bergab. Sowohl der österreichische Leitindex ATX als auch der deutsche DAX verbuchten im Jahr 2018 einen Verlust von rund 20 Prozent.

Das Kerngeschäftsfeld Kapitalmarkt entwickelte sich im Geschäftsjahr 2018 zufriedenstellend. Hauptverantwortlich dafür waren die Nachfrage nach Aktien- und Fondsinvestments sowie weitere Mittelzuflüsse im Bereich Vermögensverwaltung. Die Asset-Management-Produkte der Wiener Privatbank konnten 2018 teilweise der allgemein schwierigen Kapitalmarktsituation trotzen und wurden mit mehreren Fonds-Awards ausgezeichnet. Die Wiener Privatbank konnte 2018 die zweite Dresden/Leipzig-Zinshausanleihe 2018-2021 mit einem Volumen von EUR 8 Mio. sowie die Vienna Estate Immobilien Anleihe 2018-2023 mit einem Volumen von EUR 10 Mio. erfolgreich am Markt platzieren. Auch das Brokerage-Geschäft entwickelte sich positiv und das unabhängige Aktien-Research war bei kapitalmarktaffinen Kunden stark nachgefragt. Ende 2018 beliefen sich die Assets under Management im Kernbankgeschäft der Wiener Privatbank auf rund EUR 1,3 Mrd.

Quellen: Bloomberg, EY, VÖIG, Wiener Börse

Immobilien

Der Boom am Immobilienmarkt in Österreich hielt auch 2018 unverändert an. Wien wurde zum neunten Mal in Folge als Stadt mit der höchsten Lebensqualität weltweit ausgezeichnet, was die Nachfrage am Wiener Wohnimmobilienmarkt weiter beflügelte. Nach der über 55 %igen Steigerung im Jahr 2017 hat sich das Gesamtvolumen der verkauften Vorsorgewohnungen in Wien im vergangenen Jahr wieder angepasst und ging um 24,2 % auf knapp EUR 150 Mio. zurück. Am Wiener Zinshausmarkt ging der Trend 2018 weiter hinauf: Vor allem institutionelle Investoren sorgten für eine starke Nachfrage. Weiterhin steigende Preise und ein immer geringeres Angebot kennzeichnen den Markt. Die Wiener Privatbank konnte sowohl beim Verkauf von klassischen Vorsorgewohnungen, unter anderem mit dem Wohnprojekt Oberlaa im 10. Bezirk oder mit den beiden Wohnprojekten im 14. Bezirk, Baumgartner Casino-Park sowie Hütteldorfer Straße 243, deutliche Erfolge verbuchen. Gleiches gilt auch für den Verkauf von Alt-Wiener Vorsorgewohnungen im vergangenen Jahr. Da das Wohnprojekt Hütteldorfer Straße 243 erst am Beginn des Jahres 2019 komplett finalisiert wurde, belief sich das Gesamtvolumen im Segment Vorsorgewohnungen der Wiener Privatbank 2018 auf knapp EUR 8,1 Mio (2017: 17,4 Mio.).

Quellen: EHL Marktbericht, Statistik Austria, Otto Immobilien GmbH., Mercer

Fokussierung auf Kerngeschäftsfelder

Auf Grund der im Jahr 2017 erfolgten Trennung von Bank- und Immobiliengeschäft der Gesellschaft konzentrierte sich die Wiener Privatbank im Jahr 2018 auf die Weiterentwicklung ihrer Kerngeschäftsfelder.

Im Rahmen eines Joint Ventures mit der Vienna Estate Immobilien AG hält die Wiener Privatbank eine 50%ige Beteiligung an der Wiener Privatbank Immobilienmakler GmbH und fokussiert den Ausbau des Vorsorge-Wohnungsgeschäftes. Stark setzt die Wiener Privatbank weiterhin auf die Entwicklung von innovativen Immobilien Veranlagungsprodukten, insbesondere bei Anleihen wie bei der Dresden/Leipzig Zinshausanleihe 2018-2021 oder der Vienna Estate Immobilien Anleihe 2018-2023.

GESCHÄFTSERGEBNIS, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Wiener Privatbank verzeichnete im Jahr 2018 trotz des allgemein schwierigen Börsejahres in ihrem Kernbankgeschäft eine weitgehend stabile Geschäftsentwicklung. Auf Grund der bereits im Jahr 2017 vollzogenen Trennung von Bank- und Immobiliengeschäft, ist die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr nur sehr eingeschränkt gegeben.

Unter Berücksichtigung der oben angeführten Informationen konnte der Nettozinsenertrag leicht von EUR 3,70 Mio. auf EUR 4,00 Mio. im Jahr 2018 gesteigert werden. Bedingt durch die oben beschriebenen Vermögensveräußerungen im Jahr 2017 verringerten sich die Betriebserträge auf EUR 18,70 Mio. (2017: EUR 39,70 Mio.). Die Betriebsaufwendungen sanken marginal von EUR 15,39 Mio. auf EUR 15,00 Mio. im Jahr 2018. Das Betriebsergebnis fiel auf EUR 3,72 Mio., nach EUR 24,31 Mio. in der Vorjahresperiode. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug EUR 1,55 Mio., nach EUR 16,22 Mio. im Jahr 2017. Der Jahresüberschuss belief sich auf EUR 1,38 Mio. (2017: EUR 16,05 Mio.).

Die Bilanzsumme der Wiener Privatbank lautete zum Stichtag 2018 EUR 358,63 Mio., nach EUR 445,90 Mio. zum Ultimo 2017.

Die Eigenmittel gemäß CRR erhöhten sich leicht auf EUR 40,80 Mio. (31. Dezember 2017: EUR 40,65 Mio.).

FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Die Kernkapitalquote der Wiener Privatbank erhöhte sich mit Änderung der Bilanzsumme von EUR 445,90 Mio. auf EUR 358,63 Mio. zum Ultimo 2018 im Vergleich zum Vorjahr auf 19,71 % (31. Dezember 2017: 17,7 %) und befindet sich damit weiterhin auf einem für die Bankenbranche überdurchschnittlich hohen Niveau. Auch die Gesamtkapitalquote erhöhte sich auf 19,85 % (2017: 17,7 %).

Die Ertragskennzahlen der Wiener Privatbank entwickelten sich im Geschäftsjahr 2018 wie folgt: Die Cost-Income-Ratio (CIR) betrug 80,05 %, nach 38,76 % im Jahr 2017. Der Return on Equity (ROE) fiel auf 2,73 % (2017: 33,52 %). Auch der Return on Assets (ROA) sank auf 0,34 %, nach 3,66 % im Jahr 2017.

RISIKOBERICHT

Im Zentrum der Risikopolitik der Wiener Privatbank steht der Grundsatz eines ausgewogenen Verhältnisses von Risiko und Rendite. Die Risikosituation im Geschäftsjahr 2018 war weiterhin von konjunkturellen Risiken geprägt, wobei das vorherrschende Niedrigzinsumfeld bei weiterer Fortdauer vermehrt Herausforderungen in der internen Risiko- und Ertragssteuerung mit sich bringt. In diesem Zusammenhang wurde wieder das höchste Augenmerk auf die systematische Verbesserung, Überwachung und Weiterentwicklung der Indikatoren und Verfahren zur Identifikation, Messung und Steuerung der Risiken gelegt. Der effektive Umgang mit Risiken sowie die frühzeitige Identifikation und Realisierung von Chancen wird durch eine eigene Risikomanagementabteilung kontrolliert.

Den wesentlichen Risiken tritt die Wiener Privatbank wie in der folgenden Tabelle beschrieben entgegen.

Risiko	Auswirkung	Gegensteuerung
Marktrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Veränderung von Bewertungsparametern wie Wertpapierkurse 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch Wertveränderungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Laufende Beobachtung durch das Risikomanagement – Klar festgelegte Limits – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung
Liquiditätsrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Mangelnde Möglichkeiten zur Beschaffung von Finanzmitteln zur Begleichung von Verpflichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Eingeschränkte Investitionsmöglichkeiten – Belastung der Liquiditätsposition durch Abflüsse liquider Mittel 	<ul style="list-style-type: none"> – Liquiditätsüberwachung durch Treasury – Klar festgelegte Limits – Durchführung von Stress-Tests – Vorhaltung eines Liquiditätspuffers
Kreditrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Ausfall von Kreditnehmern bzw. Gegenparteien 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch höhere Risikovorsorgen / Direktabschreibungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Umfassende Bonitätsprüfung der Kreditnehmer – Klar festgelegte Limits – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung

Risiko	Auswirkung	Gegensteuerung
Beteiligungsrisiko (als Teil des Kreditrisikos) <ul style="list-style-type: none"> – Abwertung des Beteiligungsansatzes 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch höhere Risikovorsorgen / Direktabschreibungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Jährliche Budgeterstellung – Laufende Managementgespräche zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation – Klar festgelegte Limits – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung
Bonitätsrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Verschlechterung der Bonität bzw. Zahlungsfähigkeit von Kunden 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch höhere Risikovorsorgen / Marktwertveränderung 	<ul style="list-style-type: none"> – Ständige Beobachtung im Rahmen eines strukturierten Reportings
Zinsänderungsrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Veränderung der Marktzinsen 	<ul style="list-style-type: none"> – Veränderung des Werts von Finanzinstrumenten – Belastung des Jahresergebnisses 	<ul style="list-style-type: none"> – Geringe Fristentransformation – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung
Operationelles Risiko <ul style="list-style-type: none"> – Fehlerhafte interne Prozesse – Technologieversagen – Katastrophen bzw. externe Ereignisse 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses 	<ul style="list-style-type: none"> – Laufende Entwicklung und Überarbeitung der Arbeitsrichtlinien – Führung einer Verlustdatenbank – Strategieworkshops und Schulungsmaßnahmen – Internes Kontrollsystem – Regelmäßige Risikoanalysen
Immobilienrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Konzentrationsrisiko im Zusammenhang mit dem Geschäftsmodell 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses 	<ul style="list-style-type: none"> – Definition von Risikoleitlinien für Immobilienengagements – Klar festgelegte Limits – Umfassende Bewertung mittels Immobilienrating – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung

Risiko	Auswirkung	Gegensteuerung
Ertrags- bzw. Geschäftsrisiko Schwankung des Ertragsprofils aufgrund reduzierter laufender Einnahmen	– Belastung des Jahresergebnisses	– Jährliche Budgeterstellung – Laufendes Managementreporting zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung

Die Wiener Privatbank war zum Bilanzstichtag keinen wesentlichen Währungsrisiken ausgesetzt. Die rechtlichen Risiken werden durch eine eigene Rechtsabteilung sowie durch Kooperation mit unabhängigen Rechtsanwälten überwacht und minimiert.

Der Vorstand hat Ende 2018, in Anbetracht der aktuellen Risikosituation, keine bestandsgefährdenden oder andere ernsthafte Risiken für die Wiener Privatbank SE identifiziert.

Risikomanagement und internes Kontrollsystem

Nach üblichen Bankenstandards werden Risiken über das Risikomanagement identifiziert, gemessen und gesteuert. In der Wiener Privatbank SE ist eine klare Trennung zwischen den Marktteilungen und der Risikobeurteilung/Risikokontrolle implementiert. Die Grundsätze und Methoden für das Management betriebswirtschaftlicher Risiken sind in Handbüchern und internen Richtlinien festgelegt. Das Risikomanagement der Wiener Privatbank SE ist dem Vorstand Marktfolge zugeordnet.

Das Kreditrisiko inklusive dem Beteiligungsrisiko ist das größte Risiko, mit dem die Wiener Privatbank SE konfrontiert ist. Die Marktfolgeabteilungen beurteilen alle Finanzierungs- und Beteiligungsanträge (Grundsatz der Doppelvotierung entsprechend den Mindeststandards für das Kreditgeschäft der FMA) und bestätigen auf Basis der im Einsatz befindlichen Modelle die jährlich neu zu erstellenden Bonitätsbeurteilungen. Darüber hinaus werden Engagements mit erhöhtem Risikoprofil identifiziert und gemeinsam mit der betreuenden Marktteilung Maßnahmen zur Risikoreduktion vereinbart. Neben dem Kreditrisiko wird in den Hauptrisikokategorien zwischen Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und operationellen Risiken unterschieden. Die Messung des Markt- und Geschäftsrisikos erfolgt in Form des Value at Risk. Um die ungünstigen Effekte extremer Marktbewegungen zu simulieren, werden Stress-Tests durchgeführt. Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität auch in adversen Szenarien wird in der Steuerung ein Liquiditätspuffer vorgehalten, welcher regelmäßig angepasst und über Stress-Tests validiert wird. Dem operationellen Risiko wird über ein umfassendes internes Kontrollsystem (IKS) und laufende Risikoanalysen begegnet. Das Immobilienrisiko sowie das Konzentrationsrisiko manifestieren sich hauptsächlich in den genannten Hauptrisikokategorien. Es bestehen klare Leitlinien und Limitierungen zur Begrenzung und Steuerung dieser Risiken. Die zentrale Steuerungsgröße im Zusammenhang mit dem Risikomanagement ist das ökonomische Eigenkapital. Eine Risikotragfähigkeitsrechnung stellt die Gesamtrisikoposition in einer ökonomischen Betrachtung dar.

Auch im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist ein internes Kontrollsystem (IKS) im Einsatz. Die Kontrollen werden durch entsprechende organisatorische Maßnahmen, die in die Unternehmensprozesse integriert sind, gewährleistet. Die für die Rechnungslegung und das Controlling zuständige Einheit ist unabhängig von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Markteinheit der Bank. Die Bank verfügt über Funktionstrennungen bei der Buchungseingabe und der anschließenden Buchungsfreigabe in das zentrale IT-System. Personen aus den Marktbereichen können keine

Beilage II/7

Buchungsfreigaben tätigen. Somit zählen das Vier-Augen-Prinzip, Zugriffsbeschränkungen im IT-Bereich und Zahlungsrichtlinien zu den präventiven Kontrollen. Arbeitsrichtlinien enthalten Regelungen, die einen korrekten Arbeitsablauf garantieren und sicherstellen, dass betriebliche Vorgänge, die regelmäßig anfallen, einheitlich abgewickelt werden. Stellenbeschreibungen enthalten genaue Beschreibungen des Aufgabenbereiches des jeweiligen Mitarbeiters sowie die personelle Zuordnung. Regelmäßig erfolgen Prüfungen der Konten und deren Bewertungen.

Die internen Kontrollsysteme und das Risikomanagement werden von der dem Vorstand unterstellten Abteilung Interne Revision überprüft.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Hinsichtlich dieses Punkts wird auf den Anhang verwiesen.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Aufgrund der Geschäftstätigkeit als Bank sind Forschung und Entwicklung nicht in einer eigenen F&E-Abteilung angesiedelt. Es werden daher auch keine eigenen Mittel für Forschung und Entwicklung aufgewendet oder ausgewiesen.

AKTIEN DER GESELLSCHAFT UND STELLUNG DER AKTIONÄRE

Das Grundkapital der Wiener Privatbank betrug zum 31. Dezember 2018 unverändert EUR 11.360.544,15 und war in 5.004.645 Stückaktien eingeteilt. Der auf die einzelne Aktie entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals belief sich damit unverändert auf EUR 2,27.

Sämtliche Aktien sind in einer veränderbaren Sammelurkunde verbrieft, die bei der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft, Am Hof 4, 1010 Wien, als Wertpapiersammelbank hinterlegt ist. Eine Einzelverbriefung der Aktien ist satzungsgemäß ausgeschlossen. Alle zum Bilanzstichtag ausgegebenen Aktien der Gesellschaft sind zum Handel an der Wiener Börse zugelassen. Die ISIN der Aktien lautet AT0000741301. Im Geschäftsjahr 2018 waren gemäß IAS 33.30 durchschnittlich 5.004.645 Aktien im Umlauf. Jede Aktie gewährt das Recht zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts, wobei jede Aktie eine Stimme gewährt. Kein Aktionär verfügt daher über besondere Kontrollrechte. Stimmrechtsbeschränkungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Aktionären sind dem Vorstand nicht bekannt.

Nach Kenntnis des Vorstandes hielten die Kernaktionäre per 31. Dezember 2018 folgende Anteile: Die K5 Beteiligungs GmbH 16,04 %, die Kerbler Holding GmbH 15,31 %, die J.K. Beteiligungs GmbH 10,08 %, die Kowar KG 10,90 %, Günter Kerbler 7,71 %, MMag. Dr. Helmut Hardt 4,95 %, ELMU Beteiligungsverwaltung GmbH 1,43 % sowie die Toem GmbH (Eduard Berger) 4,27 %. Diese Rechtsträger gehen iSv § 92 Z 7 BörseG gemeinsam mit der SONNE Privatstiftung sowie Herrn Mag. Johann Kowar vor. Die Kernaktionäre verfügten per 31. Dezember 2018 über eine Beteiligung von 72,50 % am Grundkapital der Wiener Privatbank. Herbert Schoderböck ist mittelbar über die Gesellschaft Alpha Global Ltd. an der Wiener Privatbank beteiligt und verfügte über einen Anteil von 8,49 % am Grundkapital. Der Rest der Aktien befand sich zum 31. Dezember 2018 in Streubesitz.

Am 18. September 2017 haben Günter Kerbler und Mag. Johann Kowar einen Kaufvertrag über die Veräußerung ihrer Mehrheitsbeteiligung iHv insgesamt 61,37 % mit der Käuferin Arca Investments, a.s., abgeschlossen. Der Vertrag steht unter mehreren aufschiebenden Bedingungen, darunter die Genehmigung oder Nichtuntersagung der Transaktion durch die zuständigen Kartellbehörden und die Genehmigung bzw. Nichtuntersagung der FMA gemäß §§ 20 ff BWG. Das Eigentümer-Kontrollverfahren wurde 2018 noch nicht abgeschlossen.

VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Hauptversammlung gewählt. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder zwei Stellvertreter. Sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebende Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrats betreffen § 9 Pkt. 4 der Satzung, wonach für die Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsrats vor Abschluss der Funktionsperiode eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen auf der Hauptversammlung erforderlich ist.

Die Gesellschaft hat weder mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates, des Vorstandes, noch mit Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots Entschädigungsvereinbarungen abgeschlossen.

Der Aufsichtsrat der Wiener Privatbank SE bestand zu Beginn des Geschäftsjahres 2018 aus Dr. Gottwald Kranebitter (Vorsitzender), Mag. Johann Kowar (Vorsitzender-Stellvertreter), Günter Kerbler, Mag. Peter Lazar und Heinz Meidlinger sowie aus Mag. Peter Sidlo und Ing. Juraj Dvořák. Mag. Peter Lazar und Mag. Peter Sidlo legten ihre Aufsichtsratsmandate mit Wirkung der Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung am 25. Mai 2018 zurück, der Aufsichtsrat wurde damit innerhalb der satzungsmäßigen Grenzen von sieben auf fünf Mitglieder reduziert.

Die Mitglieder des Vorstandes waren im Geschäftsjahr 2018 Eduard Berger (Markt) und MMag. Dr. Helmut Hardt (Immobilien, Operations).

MITARBEITER

Die Bindung von erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unternehmerisch denken und über hohe Fachexpertise verfügen, ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den langfristigen Erfolg. Die Wiener Privatbank legte daher auch im Geschäftsjahr 2018 Wert darauf, die fachliche Qualifikation ihrer Mitarbeiter laufend auszubauen. In der Berichtsperiode wurden rund EUR 55.000 in Weiterbildungsmaßnahmen investiert. Die Unternehmenskultur fördert die Übernahme von Verantwortung und sorgt für eine leistungsfreundliche und gerechte Arbeitsumgebung. Auf Basis einer flachen Hierarchie bietet die Wiener Privatbank ihren Mitarbeitern individuelle Aufstiegsmöglichkeiten sowie ein erfolgs- und leistungsabhängiges Bonusmodell. Bei der Auswahl neuen Personals setzte die Wiener Privatbank auch 2018 auf einen mehrstufigen Selektionsprozess, der sicherstellt, dass die hohen Qualitätsanforderungen in allen Abteilungen erfüllt werden. Die Mitarbeiterzahl sank im Jahresvergleich zu 2017 (88 Mitarbeiter) leicht: Im Zeitraum Jänner bis Dezember 2018 wurden durchschnittlich 83 Mitarbeiter beschäftigt.

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Der konsolidierte Corporate Governance Bericht für das Geschäftsjahr 2018 wurde erstellt und ist auf der Website der Wiener Privatbank SE unter <https://www.wienerprivatbank.com/ueber-uns/investor-relations-adhoc/berichte/> abrufbar.

AUSBLICK 2019

Vor dem Hintergrund von Brexit sowie der Präsidentschaft von Donald Trump in den USA und damit verbundenen möglichen Handelshemmnissen erwartet die Wiener Privatbank für das weitere Geschäftsjahr 2019 eine spannende wirtschaftliche Dynamik. An den europäischen Aktienmärkten gehen die Kapitalmarkt-Experten der Wiener Privatbank in einem volatilen Umfeld von interessanten Investitionschancen im Verlauf des Jahres aus. Am Wiener Markt für Immobilien-Investments rechnet die Wiener Privatbank mit einer unverändert stabilen Nachfrage in den kommenden Monaten.

Die Wiener Privatbank legt ihren Fokus im Geschäftsjahr 2019 klar auf ihre Kerngeschäftsfelder Private Banking, Asset Management, Capital Markets, Brokerage, Research sowie Immobilienprodukte und setzt auf den Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit, insbesondere in Zentral- und Osteuropa.

Angesichts des Marktumfeldes und der konsolidierten Positionierung geht der Vorstand für das Geschäftsjahr 2019 im Kernbankgeschäft von einer stabilen Unternehmensentwicklung aus. Positive, mit dem möglichen neuen Mehrheitseigentümer, der Arca Capital Finance Group verbundene Effekte werden erst für die kommenden Jahre erwartet.

ERGEBNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Per adhoc informierte die Wiener Privatbank am 28.08.2017 über die geplante Trennung von Bank- und Immobiliengeschäft sowie über ihren möglichen neuen Mehrheitseigentümer, die Arca Capital Gruppe. Die Trennung von Bank- und Immobiliengeschäft erfolgte mit Ende des Jahres 2017, das Eigentümer-Kontrollverfahren wurde 2018 noch nicht abgeschlossen.

Wien, am 12. April 2019



**EDUARD
BERGER**
MITGLIED DES VORSTANDES



MMAG. DR.
**HELMUT
HARDT**
MITGLIED DES VORSTANDES

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

Wiener Privatbank SE,
Wien,

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2018 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr 537/2014 (im Folgenden AP-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Abschluss

Die Forderungen an Kunden werden in der Bilanz nach Abzug der Risikovorsorgen mit einem Betrag in Höhe von 73,7 Mio EUR ausgewiesen.

Der Vorstand beschreibt den Prozess zur Überwachung des Kreditrisikos und die Vorgehensweise für die Ermittlung der Risikovorsorgen unter Kapitel "Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" im Anhang sowie im Abschnitt "Kreditrisiko" des Risikoberichtes im Lagebericht.

Die Bank überprüft im Rahmen der Kreditüberwachung, ob eine Ausfallsgefährdung vorliegt und damit Einzelwertberichtigungen zu bilden sind. Dies beinhaltet insbesondere die Einschätzung, ob Kunden die vertraglich vereinbarten Rückzahlungen in voller Höhe und ohne Verwertung von Sicherheiten leisten können.

Die Berechnung der Einzelwertberichtigung für ausfallgefährdete, individuell bedeutsame Kunden erfolgt mittels Discounted Cash Flow Methode, basierend auf einer Analyse der erwarteten zukünftigen Rückflüsse. Die Einzelwertberichtigung wird somit von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des jeweiligen Kunden, der Bewertung der Sicherheiten sowie der Schätzung der Höhe und des Zeitpunkts der daraus abgeleiteten Rückflüsse beeinflusst.

Für die Berechnung von Portfolio-Wertberichtigungen für Kredite ohne signifikantem Anstieg des Ausfallrisikos wird der Barwert der erwarteten Zahlungsausfälle, die aus möglichen Ausfallereignissen innerhalb der nächsten 12 Monate nach dem Abschlussstichtag resultieren, herangezogen. Für Kredite mit signifikantem Anstieg des Ausfallrisikos wird die Portfolio-Wertberichtigung in Höhe des Barwerts des über die Restlaufzeit erwarteten Verlustes ermittelt.

Die Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen erfolgt formelbasiert auf der Grundlage von statistischen Modellen unter der Berücksichtigung von Parameter wie Ausfallswahrscheinlichkeit, Verlustquote beim Ausfall, makroökonomische Annahmen. Zum 31. Dezember 2018 wendet die Bank erstmals ein "expected credit loss" (ECL)-Modell an.

Der Ermittlung der Kreditrisikovorsorgen liegen in bedeutendem Ausmaß Annahmen und Schätzungen zu Grunde. Die damit verbundenen Ermessensspielräume und Schätzunsicherheiten stellen somit ein Risiko der Fehldarstellung im Abschluss dar.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Dokumentation der Prozesse zur Vergabe, Überwachung und Erfassung von Risikovorsorgen erhoben und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, Indikatoren für eine Wertminderung zu erkennen und die Werthaltigkeit der Kundenforderungen angemessen abzubilden. Dafür haben wir ausgewählte Schlüsselkontrollen auf ihre Ausgestaltung, ihre Umsetzung und in Stichproben auf ihre Effektivität überprüft.

Wir haben die für die formelbasierten Wertberichtigungen verwendeten Modelle und die damit verwendeten Parameter dahingehend beurteilt, ob diese geeignet sind, Vorsorgen in adäquater Höhe zu ermitteln. Die Berechnung des ECL haben wir auf rechnerische Richtigkeit überprüft. Bei der Beurteilung der Modelle bzw der wesentlichen Parameter und beim Nachrechnen der ECL-Höhe haben wir unsere Finanzmathematikexperten eingebunden.

Abschließend haben wir beurteilt, ob die Angaben zur Ermittlung der Risikovorsorge im Anhang zum Jahresabschluss angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der AP-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der AP-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte austauschen, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält die nach § 243a UGB zutreffenden Angaben und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 AP-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 7. Juni 2017 als Abschlussprüfer gewählt und am 7. Juni 2017 vom Aufsichtsrat mit der Abschlussprüfung der Wiener Privatbank SE beauftragt. Wir sind ohne Unterbrechung seit dem Jahresabschluss zum 30. September 2006, der erstmalig durch KPMG geprüft wurde, Abschlussprüfer der Gesellschaft.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt "Bericht zum Jahresabschluss" mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der AP-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs 1 der AP-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von der geprüften Gesellschaft gewahrt haben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Walter Reiffenstuhl.

Wien, am 12. April 2019

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Mag. Walter Reiffenstuhl
Wirtschaftsprüfer